

INHALT

1. Zwei Tage hintereinander Lob für schleswig-holsteinische Finanzpolitik
2. Schleswig-Holsteins Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiter im Aufwind
3. Mehr Verantwortung und Gestaltungsspielraum für Kommunen
4. Energiewende in Schleswig-Holstein kommt voran
5. Eingliederungshilfe: Verantwortung und Chancen vor Ort

02.12.2011

Zwei Tage hintereinander Lob für schleswig-holsteinische Finanzpolitik Landesrechnungshof und Stabilitätsrat sehen Land auf dem richtigen Weg



Tobias Koch, MdL

Dass ein Finanzminister von unterschiedlichen neutralen Institutionen an zwei aufeinander folgenden Tagen Lob erhält, geschieht eher selten. Finanzminister Rainer Wiegard durfte sich in dieser Woche sowohl über eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes, als auch über die Bewertung des Stabilitätsrates von Bund und Ländern freuen.

So bescheinigte der Landesrechnungshof (LRH) der CDU-geführten Landesregierung am Mittwoch in seiner ersten Stellungnahme zum Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits, „dass das Land mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 auf dem richtigen Weg ist, den mit der Schuldenbremse geforderten Defizitabbau zu erreichen.“

Der Stabilitätsrat von Bund und Ländern – von dessen Bewertung die Auszahlung der Konsolidierungshilfen in Höhe von 80 Millionen Euro im Jahr abhängt – ging noch weiter: Er begrüßte die im Sanierungsprogramm der Landesregierung bis 2016 vorgesehenen

Maßnahmen ausdrücklich und empfahl, diese konsequent umzusetzen.

CDU-Finanzexperte Tobias Koch forderte daraufhin die Opposition auf, ihre Haushaltspolitik an den Maßstäben der Landesregierung zu messen: „Die beiden Stellungnahmen zeigen: Wir haben ein klares und nachweislich erfolgreiches Konzept für Schleswig-Holstein“, betonte Koch. Vergleichbares sei in den Anträgen der Oppositionsfraktionen nicht zu erkennen, geschweige denn in den Regierungsprogrammen.

Die Pressemitteilung des Finanzministeriums mit Zitaten des Stabilitätsrates finden Sie unter: http://schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/1043720/publicationFile/111201_stabilitaetsrat.pdf

Die Pressemitteilung des Landesrechnungshofes finden Sie unter: <http://www.landesrechnungshof-sh.de/index.php?getfile=pressemit-abbaubericht2011.pdf>

Schleswig-Holsteins Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiter im Aufwind Drei Großprojekte könnten Tausende weitere Arbeitsplätze bringen

Von der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt kamen diese Woche zahlreiche gute Nachrichten. Bereits am Montag meldete das Statistikamt Nord einen starken Umsatzanstieg. Die 525 größten Industriebetriebe setzten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 elf Prozent mehr um, als im Vorjahr. Das Auslandsgeschäft legte um 16 Prozent zu. Auch das Bauhauptgewerbe bleibt im Aufwärtstrend. Im Vorjahresvergleich sind die Auftragseingänge um mehr als zwölf Prozent gestiegen. Im Wohnungs-, im gewerblichen und industriellen Bau stieg die Nachfrage dabei besonders deutlich.

Am Mittwoch meldete die Arbeitsagentur die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 19 Jahren. Aktuell sind nur noch 95.100 Menschen arbeitslos gemeldet. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Vorjahresvergleich noch einmal um mehr als zehn Prozent gestiegen. Seit Jahresbeginn gab es 58.200 neue sozialversicherungspflichtige Stellenangebote.

Es deutet alles darauf hin, dass dieser Trend sich fortsetzen wird. Das Flensburger Tageblatt meldete am Mittwoch, dass sich in Pinneberg, Norderstedt und Rendsburg Unternehmensansiedlungen im großen Stil anbahnen würden. Es gehe um Tausende neuer Arbeitsplätze. Im Gespräch sind ein Forschungszentrum für Biotechnologie, ein Klebestreifenhersteller und eine Fertigungsanlage für Komponenten hochmoderner Windkrafttürme.

Die Meldung zu den Industriebetrieben finden Sie unter: <http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/industrie-in-hamburg-in-den-ersten-drei-quartalen-2011-1/>

Die Meldung zum Bauhauptgewerbe finden Sie unter: http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standuments/SI11_145.pdf

Den aktuellen Arbeitsmarktbericht finden Sie unter: <http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/November-2011.pdf>

Mehr Verantwortung und Gestaltungsspielraum für Kommunen Land gibt Regionalplanung an Städte, Kreise und Gemeinden ab



Petra Nicolaisen, MdL

In dieser Woche hat das Kabinett den Entwurf von Innenminister Klaus Schlie für eine Regionalisierung der Kommunalplanung beschlossen. Geplant ist, dass das Gesetz nach den parlamentarischen Beratungen zum 1. Januar 2013 in Kraft tritt.

Künftig sollen die Regionalpläne direkt in den fünf Planungsräumen erarbeitet werden, und nicht mehr zentral vom Land. Dabei werden sich die Kreise und kreisfreien Städte eines Planungsraumes darauf verständigen, wer von ihnen die Aufgabe übernimmt, den jeweiligen Regionalplan aufstellt und ändert. Gleiches gilt für die Genehmigung der Flächennutzungspläne der Kommunen. Ein Regionalplan kann als Satzung nur verabschiedet werden, wenn alle Kreistage und Kreisfreien Städte eines Planungsraums zugestimmt haben.

Für die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag begrüßte Petra Nicolaisen den Entwurf: „Der Weg, die Regionalplanung in kommunale Trägerschaft zu überführen, ist richtig. Die Kommunalpolitiker in den Planungsräumen wissen am besten, wie verantwortungsvolle Regionalpläne aufzustellen sind“, erklärte sie in Kiel. Durch die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgenommene Rückkopplung in die Kommunen würde zudem das Ehrenamt gestärkt.

Mit dieser Stärkung der Entscheidungsbefugnis von Kommunalpolitikern ist die Landes-SPD offensichtlich nicht einverstanden. In einer Pressemitteilung behauptete der Vorsitzende der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik“ (SGK) und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Andreas Breitner, der Innenminister wolle „ein Regime von politischen Stammesfürsten etablieren“. Die Idee führe laut Breitner „zu einer Regionalplanung von der Kuhwiese“. Der KPV-Vorsitzende Ingbert Liebing wies diese Geringschätzung der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker umgehend zurück.

Unterdessen stellte SPD-Landeschef Stegner in einer Pressekonferenz klar, dass es die von SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig angekündigte Rücknahme des Eingriffs in den Kommunalen Finanzausgleich so nicht geben werde. Vielmehr soll den Kommunen das Geld für von der Landesregierung festgelegte konkrete Aufgaben, beispielsweise den Krippenausbau oder die Schulsozialarbeit, in drei Schritten zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

Informationen zur Kommunalisierung der Regionalplanung finden Sie hier:

http://schleswig-holstein.de/IM/DE/Service/Presse/PI/2011/111129_im_kommunalisierungRe

[gionalplanung.html](#)

Die Raumordnungspläne sind unter folgendem Link verfügbar:

http://schleswig-holstein.de/IM/DE/Landesplanung/Raumordnungsplaene/Raumordnungsplaeene_node.html

Energiewende in Schleswig-Holstein kommt voran

CDU und FDP bringen durch rot/grün abgeschaltetes Pumpspeicherkraftwerk wieder in Gang

Vor zehn Jahren hatte die rot/grüne Landesregierung mit der Entscheidung, die Oberflächenwasserabgabe auch auf Pumpspeicherkraftwerke anzuwenden, dem 1958 in Betrieb gegangenen Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Der Betreiber fuhr in der Folge das Kraftwerk so weit herunter, dass auch die Einnahmen Schleswig-Holsteins aus der Oberflächenwasserabgabe für dieses Pumpspeicherkraftwerk von vier Millionen Euro auf 400.000 Euro pro Jahr sanken.

Da Pumpspeicherkraftwerke witterungsunabhängig Energie liefern, fällt ihnen bei der Energiewende eine ganz entscheidende Rolle zu. Mit ihnen kann überschüssige Windenergie gespeichert und in Flautezeiten ins Netz eingespeichert werden. Deshalb hatten CDU und FDP im Oktober die Oberflächenabgabe so reduziert, dass Pumpspeicherkraftwerke wieder wirtschaftlich arbeiten können. Darüber hinaus wird der Bau eines weiteren Pumpspeicherkraftwerkes in Lägerdorf (Kreis Steinburg) geprüft.

"Wir bringen ökologische und ökonomische Aspekte mit der Haushaltskonsolidierung in Einklang. Was rot/grün abgeschaltet hat, bringen wir wieder in Schwung. Das ist der richtige Weg", erklärte der regional zuständige Abgeordnete Markus Matthießen, der gemeinsam mit Wirtschaftsminister Jost de Jager an der Wiederinbetriebnahme teilnahm.



Jost de Jager und Markus Matthießen bei der Wiederinbetriebnahme des Pumpspeicherkraftwerks

Eingliederungshilfe: Verantwortung und Chancen vor Ort

Gemeinsame Veranstaltung der Landtagsfraktionen von CDU und FDP



Teilnehmer Podium

Am vergangenen Dienstag hatten die Landtagsfraktionen von CDU und FDP zu einer gemeinsamen Veranstaltung ins Landeshaus nach Kiel geladen. Dabei ging es darum, wie man die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft verbessern könne.

Dazu standen neben dem Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein, Dr. Heiner Garg, und den Abgeordneten der Fraktionen auch Experten aus Verwaltung und Selbstverwaltung der Kreise und Kreisfreien Städte für eine Diskussion zur Verfügung.

Eingangs erläuterte der Minister die Zielsetzungen und Chancen, die sich aus dem Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch XII (AG-SGB XII), ergeben. Dieses habe die Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen im Bereich der Sozialhilfe neu geordnet. Die Finanzverantwortung wurde in die Hand der Kreise und Kreisfreien Städte gelegt. Diese Regionalbudgets ermöglichen den Kreisen eine Umstrukturierung der Eingliederungshilfe. Zukünftig könnten sozialräumliche Angebote für Menschen mit Behinderung aus Landesmitteln finanziert werden.

Minister Garg betonte dabei die Zielsetzungen der CDU-geführten Landesregierung: „Wenn es mittel- bis langfristig gelingt, mit sozialräumlichen Angeboten individuelle Leistungen für Menschen mit Behinderung zu begrenzen und zugleich deren Teilhabechancen zu verbessern, kann damit zugleich ein Beitrag zur Kostendämpfung in der Eingliederungshilfe geleistet werden.“

Weiterhin wurde auf Landesebene ein Teilhabebeirat eingerichtet. Dieser beginne noch im Dezember mit seiner Arbeit. „Damit wird ein verbindliches, institutionalisiertes Forum für die Zusammenarbeit mit Rehabilitationsträgern, den Verbänden und dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung geschaffen. Alle gesellschaftlichen Akteure werden hierbei in die Weiterentwicklung der Leistungen für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein eingebunden“, erklärte die Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderungen, Heike Franzen.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde über das sozialraumorientierte Konzept des Kreises Nordfriesland, das Leitbild sowie die örtliche Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung in der Landeshauptstadt Kiel gesprochen. Dabei wurde auch mit Lob und

Weiterentwicklungsvorschlägen gegenüber dem Land bei der Gesetzgebung und Finanzierung der Eingliederungshilfe nicht gespart.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de